57. Jahrgang. № 167.

Donnerstag, 19. Juni 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,60 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,05 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr. Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/21 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — Im Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Marke: Dreiring. Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade, Cacao, Dessert — per Tafel 50 ₰ — per ½ Kg. Dose 2,40 M. — per Carton 2, 3 u. 4 M.

RAUM KUNST „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7 Billige Brautausstattungen.

Dresdner Feldschlösschen-Lager bleibt unübertroffen!

Haut-Bleichcreme „Chloro" bleicht Gesicht und Hände in kurzer Zeit rein weiss. Wirksam exportiertes unschädliches Mittel gegen unschöne Hautfarbe, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke, Hautunreinigkeiten. Echt „Chloro" Tube 1 Mark; dazu gehörige Chloroseife 60 Pfg. vom Laboratorium „Leo", Dresden a. Elbufer. In Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Hauptdepot: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Josetti ELJEN QUALITÄTS 5 CIGARETTE

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Zunahme der Bewölkung, kühl, zeitweise Niederschlag.

An der Huldigung des K. S. Militärvereinsbundes vor dem König am 6. Juli werden sich etwa 20 000 Bundesmitglieder beteiligen.

Im Reichstage kam es gestern zu einer ausgedehnten Debatte über die Garde, wobei auch der Kriegsminister wieder eine längere Rede hielt.

Die Budgetkommission des Reichstags fuhr gestern in der Beratung des Besitzsteuergesetzes fort.

Der Vorstand des Bundes der Industriellen protestierte gegen die von der Budgetkommission beschlossene Vermögenssteuer und Staffelung des Wehrbeitrages.

Das Unterbleiben der Huldigung für den Deutschen Kaiser führte im österreichischen Abgeordnetenhause gestern zu einer vorübergehenden Präsidentenkrisis.

Den französischen Panzerschiffen fehlten während der letzten Manöver an der Besatzung je 100 Mann.

Rußland plant, nach französischen Meldungen, die Errichtung zweier neuer Armeekorps an der Weichsel.

Die bulgarische Regierung erhob offiziellen Einspruch gegen die Vergaftung zahlreicher Bulgaren in den von den Griechen besetzten Gebieten.

Die letzten türkischen Truppen haben, nach österreichischen Berichten Albanien verlassen.

Ein feierliches Bekenntnis zum Bundesstaate

war der harmonische Schlußakkord, in den die glänzenden Festlichkeiten zu Ehren des kaiserlichen Regierungsjubiläums ausklangen. Das war eine hochbedeutsame Kundgebung, in der die deutschen Bundesfürsten und die regierenden Bürgermeister der Freien und Hansestädte durch den bayrischen Prinz-Regenten und den König von Sachsen ihr Treugelöbnis für Kaiser und Reich auf der Grundlage der durch heilige Bundesverträge gewährleisteten Selbständigkeit der Einzelstaaten erneuerten, während Kaiser Wilhelm II. die Unantastbarkeit der bundesstaatlichen Organisation des Reiches mit seinem kaiserlichen Worte nochmals besiegelte. Die föderative Eigenart des Deutschen Reiches, die in ihrer wohlabgewogenen Mischung von Reichsgewalt und einzelstaatlicher Souveränität geradezu das Ideal des bundesstaatlichen Prinzips verkörpert, ist auf solche Weise zu einem imposanten plastisch-programmatischen Ausdruck nach außen hin gebracht worden. Die gewaltige Fürstenmacht, die in diesen herzerhebenden Tagen in der Hauptstadt des Deutschen Reiches korporativ in die Erscheinung getreten ist, hat in ihrer einmütigen Huldigung für den Kaiser einen in seiner überzeugenden Wirkung nicht mehr zu übertreffenden Beweis für die Unerschütterlichkeit der bundesstaatlichen Grundfesten gegeben, auf denen Deutschlands Macht und Größe beruht. In der föderativen Gestaltung des Deutschen Reiches liegt auch nicht eine Spur von Gekünsteltem, sondern sie ist in natürlicher geschichtlicher Entwicklung unmittelbar aus dem gesamten nationalen Werdeprozesse der deutschen Stämme herausgewachsen und stellt sich so als etwas Notwendiges dar, als eine schicksalsvolle Erscheinungsform der deutschen Einheit, die gerade in dem Boden des bundesstaatlichen Gedankens ihre festesten Wurzeln hat. Es gibt eine alte Sage von einem Riesen Antäus, der aus der Berührung mit seiner Mutter, der Erde, unbezwingliche Stärke schöpfte, und den Herkules nur dadurch zu besiegen vermochte, daß er ihn emporhob und den so der Verbindung mit seiner Kraftquelle Beraubten unschädlich machte. Aehnlich kann man sich das Verhältnis zwischen der Gesamtheit der Einzelstaaten und dem Reiche darstellen. Das Reich ist der Riese Antäus, der seine Kraft aus der innigen Gemeinschaft mit den Bundesstaaten schöpft und so lange unbezwingbar sein wird, als die organische Verbindung zwischen ihm und den Gliedstaaten ungestört fortbesteht. Es gibt daher auch keine mächtigere und zuverlässigere Bürgschaft für die künftige Macht, Größe und Wohlfahrt des Deutschen Reiches, als das jetzt von dem Kaiser und den Bundesfürsten in so eindrucksvoller Form abgelegte Bekenntnis, daß in ihnen allen der bundesstaatliche Geist, der sich mit der innigsten Liebe und Treue zu Kaiser und Reich paart, lebendig fortwirkt.

Daß gerade der König von Sachsen es gewesen ist, der den alle deutschen Patrioten beseelenden Empfindungen von Reichs- und Kaisertreue und bewährter bundesstaatlicher Gesinnung mit so markigen Worten Gestalt verliehen hat, wird in sächsischen Landen ein Gefühl dankbarer Genugtuung und freudigen Stolzes auslösen. Was König Friedrich August und Kaiser Wilhelm II. am 17. Juni 1913 im Weißen Saale des Berliner Schlosses gesprochen haben, wird mit goldenen Lettern in der Geschichte des Reiches verzeichnet werden und noch den fernsten Enkeln in der unlöslichen Vereinigung von Hingebung an das Reich und bundesstaatlicher Verfassungstreue die Richtschnur für ihr vaterländisches Handeln geben.

Vermögenszuwachs und Erbanfall.

Es mag sein, daß in der Besitzsteuerfrage der Wind über Nacht umschlägt und die Ideen und Projekte, die er eben tüchtig aus- und durcheinander geschüttelt hat, zu einem Abkommen zusammenbläst, das solidere Unterlagen hat als die bisherigen „Vereinbarungen". Aber auch dann wäre noch nicht das letzte Wort gesprochen, denn die obersten Entscheidungen liegen beim Plenum des Reichstages und beim Bundesrat. Auf den Reichstag kann wohl, falls große Parteien, die eine sichere Mehrheit hinter sich haben, zu einer Verständigung gelangt sind, nicht allzu große Hoffnungen gesetzt werden, wenn es sich darum handelt, der Vernunft und der Gerechtigkeit eine Gasse zu brechen und ein Steuerprojekt zu bekämpfen, das vor beiden nicht bestehen kann. Bleibt nur der Bundesrat: An ihn müssen sich diejenigen wenden, die in der reklamehaften Propaganda, mit der seit einiger Zeit die Vermögenszuwachssteuer, das „Kernstück" des Kompromisses, als die glücklichste Lösung der Besitzsteuerfrage empfohlen wird, eine ernste Gefahr nicht nur für die Lösung des Deckungsproblems, sondern darüber hinaus eine Gefährdung höchst wertvoller, kaum je ersetzbarer Imponderabilien unseres staatlichen und öffentlichen Lebens erblicken. Die Gefahr scheint sich ihrem Höhepunkte zu nähern. Nachdem zuerst die Zentrumspresse das Lob der Vermögenszuwachssteuer in allen Tonarten gesungen und in den letzten Tagen auch die führende nationalliberale Presse diese Steuer, um deren willen die beiden liberalen Parteien vergessen zu haben scheinen, daß sie mit dem unerbittlichsten Gegner von Gewissens- und Gedankenfreiheit paktieren wollen, eindringlich empfohlen hat, ist jetzt der volksparteiliche Abgeordnete v. Payer, einer der Führer der bürgerlichen Linken, mit einer förmlichen Apologie der Vermögenszuwachssteuer auf dem Plane erschienen — ein Vorgehen, das sicherlich auf einen vorgeschrittenen Stand der Besprechungen hindeutet, mit dem gerechnet werden muß.

Was Herr v. Payer für die Vermögenszuwachssteuer anführt, ist einmal die angebliche Unmöglichkeit, eine andere Besitzsteuer durchzusetzen, und dann die Behauptung, daß sich aus einer Vermögenszuwachssteuer mehr herausholen lasse, als aus einer Besteuerung des Kindeserbes allein. Das ist gewiß sehr bescheiden, aber beides ist obendrein im höchsten Grade anfechtbar. An der doch schließlich nicht unwichtigen Frage, wie es denn um die Erträge einer Vermögenszuwachssteuer stünde, wenn die Wirtschaftskonjunktur — und gewichtige Anzeichen dafür sind da — sich einmal weniger günstig gestaltet, geht Herr von Payer völlig achtlos vorüber. Aber könnte dann aus einer Vermögenszuwachssteuer „ebensoviel herausgeholt" werden als aus den Kindeserbschaften allein? Und wenn Herr v. Payer den unseres Erachtens mit Recht gegen die Vermögenszuwachssteuer erhobenen Einwand, daß sie eine Steuer auf Tüchtigkeit, Fleiß und Mäßigkeit, eine Prämie auf Verschwendung und Genußsucht ist, zu entkräften sucht, so wird er doch nimmermehr bestreiten können, daß eine solche Steuer das vorhandene Vermögen auch nicht mit einem Pfennig erfaßt. Und das war doch schließlich nicht die Absicht des Besitzsteuerbeschlusses des Reichstages, der auf Betreiben gerade der beiden Parteien gefaßt wurde, die jetzt, ihren damaligen Standpunkt schnöde im Stich lassend, besonders eifrig an der Propaganda für das „Kernstück" arbeiten. Wie es um Einnahmen bestellt ist, die von der wirtschaftlichen Lage abhängen, zeigen die großen Schwankungen, denen im Reiche die Zölle, in Preußen die Eisenbahnüberschüsse wiederholt ausgesetzt waren. Schon aus diesem Grunde sollte man die Hand von der Vermögenszuwachssteuer lassen.

Aber es gibt noch höhere Gesichtspunkte, die dem Treiben einer so unnatürlichen Arbeitsgemeinschaft, wie sie sich in dem ultramontan-liberalen Block plötzlich aufgetan hat, Halt gebieten sollten. Im Bundesrat würde eine Vermögenszuwachssteuer keinesfalls auf einmütige Zustimmung zu rechnen haben. Sollen da zu Ehren einer Steuer, die nichts Ganzes und nichts Halbes, die ein klägslicher Nothelf ist, die dissentierenden Bundesstaaten vergewaltigt werden? Dabei ist der Widerstand gegen diese Steuer nur zu sehr berechtigt. Denn es leidet nicht den leisesten Zweifel, daß eine Reichsvermögenszuwachssteuer ein entschiedener Schritt vorwärts auf dem Wege zur Reichsvermögenssteuer wäre. Das spricht auch Herr v. Payer offen aus, wenn er sagt, von dieser Art der Heranziehung der wirklich Leistungsfähigen dürfe man sich aber auch gute Erfolge versprechen, wenn wieder einmal neue Rüstungsvermehrungen drohen sollten. Dann wird man eben auf die Vermögen selbst, auf Kosten der Einzelstaaten, zurückgreifen und dabei sich noch darauf berufen können, daß sich ja für die Vermögenszuwachssteuer eine „Mehrheit der Mittelparteien" gefunden habe. Aber was diese sogenannten „Mittelparteien" betreiben, ist Demoralisierung in steuerlicher und Demokratisierung in politischer Hinsicht. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit, von der der Sprecher der Berliner Universität Professor O. Hintze am Tage der Jubiläumsfeier gesagt hat, sie müsse den Geist des Staatsganzen durchdringen und von innen heraus umwandeln, würde durch eine Steuer, die den guten Wirtschafter stärker heranzieht als den schlechten, die das im Dienste der nationalen Wirtschaft arbeitende Vermögen vorbelastet, ganz gewiß nicht verwirklicht, und sie wird es erst recht nicht, wenn mit einer solchen Steuer zu einer wachsenden Gegensätzlichkeit zwischen Reich und Einzelstaaten die Hand geboten wird!

Wenn mehrere Bundesstaaten mit Sachsen an der Spitze gegen den drohenden Eingriff in ihre Finanzhoheit, der die Gefahr einer völligen Verschiebung der direkten und indirekten Steuergrenze zwischen Reich und Einzelstaaten und damit des schließlichen finanziellen Ruins der Einzelstaaten heraufbeschwören würde, sich zur Wehr gesetzt haben, so sollten sie dabei die preußische Staatsregierung an ihrer Seite sehen, denn diese hat im vergangenen Jahre, als die im Jahre 1909 gesetzlich festgelegte Vorlage zu einer organischen Neuordnung der Einkommen- und Ergänzungssteuer gemacht wurde, dem Abgeordnetenhaus gleichzeitig mit den beiden Steuernovellen eine Denkschrift zugehen lassen, in der u. a. die krassen Unzuträglichkeiten, die unter dem Gesichtspunkte der steuerlichen Gerechtigkeit eine Vermögenszuwachssteuer im Gefolge haben müßte, aufgezeigt und mit Beispielen belegt sind. Können sich wirklich inzwischen die Anschauungen so gewandelt haben oder sind etwa im Reich so viel bessere Bürgschaften gegen steuerpolitische Uebergriffe gegeben, daß die Bedenken, die im Jahre 1912 gegen eine Vermögenszuwachssteuer in Preußen sprachen, im Jahre 1913 gegen eine Reichsvermögenszuwachssteuer nicht mehr bestehen?

Und die Parteien? Nicht eine steht in voller Ueberzeugung hinter der Vermögenszuwachssteuer. Vor allem aber, welche Rolle würde den Konservativen in einem solchen, ohne ihr Zutun zustande gebrachten Kompromiß zugemutet? Es gilt, aus der gegenwärtigen Situation nicht nur mit Ehren, sondern auch mit Ueberlegenheit und Vorteil herauszukommen; es gilt namentlich, zu verhindern, daß das Zentrum mit stark erhöhtem Ansehen und erneuter Machtsteigerung aus dieser Finanzreform hervorgeht! Der einzig gangbare Weg scheint, wie die Dinge liegen, die Wiederaufnahme der Erbanfallsteuervorlage von 1909 zu sein, für die im Bundesrate und im Reichstage eine sichere Mehrheit vorhanden ist. Der Entschluß sollte der konservativen Partei um so leichter werden, als sie auch bei der Vermögenszuwachssteuer um einen wichtigen Bestandteil der allgemeinen Erbschaftssteuer, die Kindeserbschaftssteuer, nicht herumkommen würde. Nach menschlicher Voraussicht ist die allgemeine Erbschaftssteuer nicht aufzuhalten, und auf die Dauer kann die Negation den Bedarf in positiver Politik, die jede staatserhaltende Partei für ihre Existenz und Zukunft nötig hat, nicht ersetzen. Sehr viel besser in dem

Eßt Pfunds Yoghurt!